

Samburger Echo.

Sonntag, den 31. März 1895.

Anzeigen werden die sechseckspaltige Zeitspaltze oder deren Raum mit 30 S., für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 S. berechnet. Anzeigen-Aufnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), sowie in sämtl. Annoncen-Büreau, Redaktion und Expedition: Große TheaterstraÙe 44 in Hamburg.

war als solche durchaus nicht originär, in ihren Grundrissen nicht von dem „großen Staatsmann“ gedacht und ausgearbeitet; sie war vielmehr Alles in Allem vorgezeichnet von Preußens Geschichte und Charakter, sagen wir: von der historischen Mission dieses Staats. Aus unbedeutenden Anfängen ist Preußen durch fortgesetzte Gewaltpolitik, durch systematische „Eingelebnung“ deutscher Lande zum größten und maßgebenden Staate in Deutschland geworden.

Verdammungstheil all Dorer, die seine Gewaltpolitik im Namen des „Rechts“ um Freiheit und Glück gebracht hat, die im dumpfen Kerker ihre Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit süßen mußten.

Verichtigung. Im Leitartikel der Freitagnummer ist an zwei Stellen ein störender Druckfehler stehen geblieben. In dem Zitat aus Shalepeare muß es heißen: Weisheit für die Feinde und Muth für die Freunde (nicht Feinde).

nahme des Reichstages auf das Etatsjahr 1895—96 und mußte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden.

Die in wiesleben angezogene telegraphische Mittheilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten v. Bismarck ist von dem Herrn Reichskanzler nicht contraſignirt und unterliegt deshalb als eine in die Außenwelt getretene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Beschlußfassung des Reichstages. Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Präsident des Reichstages.
gez. R. Frhr. v. Bubl."

Der Vorwärts bemerkt zu diesem Entschiede: Nach dieser Vorgang wird zu überlegen sein, ob die dem Präsidenten nach seiner Ansicht beizuhaltende Befugnis nicht dahin eingeschränkt werden muß, daß er durch die Geschäftsordnung verpflichtet wird, alle in parlamentarischer Form gehaltenen und mit den durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Unterföhrten versehenen Anträge dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen.

[illegible]

Die schließlichen Erwartungen, welche an die Thätigkeit der Umformungskommission geknüpft werden konnten, sind durch die Festsitzungsbehandlungen der Kommission übertroffen worden. Der Schacher liberalen und konservativen, aber auch der radikalen und Nationalliberalen werden denn in Wien den schließlichen Bestimmungen der Bundesversammlung zu danken, daß die Auslegung der ersten Fassung geklärt, die Forderungen, das Schlußmitle abgemindert werden würde, fast gänzlich aufgehoben wurden. Alle bei der ersten Berathung gemachten Vorbehalte sind nicht nach der guten, sondern nach der schlechten Seite zu bejahen. Was hat nicht nur den in erster Fassung abgelehnten § 10 auf-¹zu einer Fassung des Zentrums — die Festsitzung der Ehre der Familie und des Eigentums — und die Grundzüge der gesellschaftlichen Ordnung, sondern auch den einstimmig abgelehnten § 14, ²Geheimen öffentlichen Tadeln, die man denen er weiß, oder den man ihnen nicht annehmen muß (?), das „ererbte Recht“ mit Hilfe einer konföderativ-föderativen Mehrheit wieder hergestellt und das §§ 166, 181 und 184 verfaßt in einer so ungeschwiegenen Weise, daß selbst den Nationalliberalen dabei Angst wurde. Nur der rationalistische der Radikalen, Herr Cuno-³erns, bezeichnender Weise ein deutscher Professor in Linde, den „staatsrechtlichen“ Viträgen des Zentrums zu-⁴ Die Gefähr, daß diese vollstehenden Anschläge die Reaktion weise, ist sehr groß. Bis nach Österreich und nur ein durch das ganze Land brauende viel hunderttausendstimmiger Protest der Wähler kann die Gefahr noch abwenden. Machen die Wähler den realistischen Herren klar, daß sie zum letzten Male im Reichstage waren, wenn sie für diese unerhörte Anstalt an die heiligen Rechte des Volkes zu haben sind, dann werden sie sich vielleicht noch eines Besseren besinnen.

Der Ausschuss zur Befähigung der Umfuzuvorlage überreichte am Mittwoch theils die Vorene des Reichstages, theils dem Vorsitzenden der Umfuzukommission Dr. Völkter 4894 Unterschriften unter die Volkssatz Petition, fast alle innerhalb ganz Tagen eingesammelt; darunter die Unterschriften von 162 Stadträthen, Stadtvorordneten, höheren Kommunalbeamten Berlins. Im Ganzen gingen bisher bei dem Ausschuss 7886 Unterschriften ein.

Gegen die Umfurfzvorlage nimmt jetzt auch unglücklich aber wahr! — das schwindende Senatskollegium der „Hamburger Correspondent“, Stellung natürlich nicht deswegen, weil mittels des Umfurfzgesetzes die Sozialdemokratie, eine feindliche politische und wirtschaftliche Partei, gebildet werden soll. So etwas würde die moderne Mediation am Altwies und ihre Hintermänner nicht röhren; im Gegentheil sie möchten mit allen Mitteln der Sozialdemokratie das Lebenslicht ausblasen. Aber etwas Anderes schreiben: was das erreicht sich aus folgenden Zeilen:

Das vierteljährliche Treffen der Bundesräte ist für die Regierung ein Ereignis von größter Wichtigkeit, wenn man sich den Sinn an der Natur des Rates klar machen will. Der Verlauf der Verhandlungen in der Unparteilichkeitskommission geht hat, in der Zentrum und Konföderation zum Teil mit, zum Teil gegen die Stimmen der Nationalsozialisten die nach ihrer speziellen Wünsche veränderte Regierungspolitik durchgesetzt haben. „Nationalistischer Trumpf“ Der vollständige Gegenwechsel, der in Folge des 28. März mit Vorbedacht eintreten mußte, hat nur eben eine lange Fehldarstellung gehabt, die Zentrum und Demokratie über die Verfehlung der früheren Bundesräte als notwendig vorgehen konnten. Das Zentrum hat nicht wohl von vorn herein keinen Zweifel darüber gelassen, daß es die politische Arbeit in der Gemeinschaft mit der konföderativen Arbeit zu tun, wenn auch anders, freudig bleiben wird.

[illegible]

beendet. In den Osterferien wird ja dann Zeit sein, daß weitere Volkskreise sich über die Richtung des konföderal-literalen Kompromisses klar werden. Der Weg gegen die Sozialdemokraten und die Anarchisten, als gegen die Freiheit der Forschung und der Ehre, und das Umflurgeschiff ist eine Frage zu einem literalen Schulgericht!"

Die Verwirrung, welche die Umsturzvorlage in den Kreisen der „Staatsfehaltenden“ Parteien angerichtet hat, kann durch nichts besser gekennzeichnet werden, als durch obigen Erguß des Hamburger Senatsblattes. Jede Besprechung desselben erübrigt sich für uns.

Die Staatsfreigeistliche, denen Graf Mirbach im persönlichen Herrschen so unverschuldeten Ausdruck gab, werden von der gesammten Presse behandelt. Sie gehen sogar der „Allg. Ztg.“ wider den Strich. Sie schreibt: Graf Mirbach machte dort in unverschulter Form den deutschen Fürsten den Vorschlag, einen Staatsstreich zu wagen und das allgemeine Stimmrecht durch ein Nacht-Votz zu beseitigen. Man kann über dieses Wahlrecht und seine Brüche sehr abfällig denken und seine Erhebung durch ein anderes ansprechen, aber davon bis zur Empfehlung eines Staatsstreichs ist ein weiter Weg, den man auch schon deshalb nicht ansetzen sollte, weil die deutschen Fürsten nicht an dem Punkte stehen, wo die Engländer waren. Dieser auf die Wahlen der Sozialdemokratie zu leiten. Ist es freilich der Wunsch unserer Agitation, daß man ihnen nicht in Allem den Willen thut, Alles, dem man drüber gegen solle“, so find sie nur folgerichtig, wenn sie einen Staatsstreich empfehlen.“

Dabei darf man nicht vergessen, daß ichon seit Jahr und Tag die „Köln. Ztg.“ für Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts ununterbrochen pläbirt hat. Wenn sie also jetzt vor einem Staatsreich in diesem Sinne warnt, so kann das nur seinen Grund in ihrer Auffassung der augenblicklichen politischen Lage haben. Die ist allerdings nicht so, daß Staatsrechtgelehrten einen anten Boden finden könnten.

Die Offenbarkeit des Grafen Mirbach hat selbst in den Kreisen seiner eigenen Partei unangenehm berührt. Es sind eben doch nicht alle Konservativen solche Thoren, nicht einzugehen, daß ein Staatsstreich nicht nur an sich ein sehr gewagtes Unternehmen ist, welches zudem an dem Vorgange der Entwicklung gar nichts ändern würde, sondern in Zeiten so unüberbrückbarer wirtschaftlicher Gegensätze auch eine fürchterliche Dummheit. Das christlich-sozial-konservative „Volk“ erklärt zu den Mirbachschen Plänen:

„Wir würden es gradezu für verhängnisvoll halten, wenn die konföderirte Partei dießen Gebanten weiter verfolgen wollte. Alle sozial geünnten Konfederalen halten an dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht unerschütterlich fest. Und wenn die nächstliegende agrarisch geünnten Konfederalen dem allgemeinen Wahlrecht den Krieg erklären zu giebt es einen Miß, der nicht wieder zu schließen ist. Es ist bedauerlich, daß eine große Anzahl Konfederaler jetzt die Möglichkeit haben, in Partei zu gehen. Ich habe keinen Grund, wenn sie weiteren Einwirkungen vorbeugen will, zu erklären, daß sie nicht eingestehen ist, an dem allgemeinen Wahlrecht, dem allgemeinen Wahlrecht zu misstrauen.“

Die ultramontane „Germania“ bemerkt: „Wäre Alexander der Große seine ‚heilige Aufgabe‘ sehr richtig ‚gelöst‘ hat, ist mangelhaft bekannt; er hat den ‚gordischen Knoten‘ mit dem Schwerte durchhauen. Es muß etwa nach der Ansicht des Großen Vordach der ‚gordische Knoten‘ unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage ebenso ‚gelöst‘, d. h. mit dem Schwerte durchhauen werden, in der Weise, daß ein moderner Alexander der Große mittels des Schwertes des Versäufungsbruchs das allgemeine, gleichzeitige und direkte Weltjünglingsfest abklopft.“ Das wäre freilich auch die Anwendung eines Schwertes, aber eines zweifelsfreien Weltjugend-Fests. Was der „Germania“ mit seinen unheilvollen und unglückseligen, durch die unheimlichen Absichten und Absichten der unheimlichen „Guanamintal-Wiesel“ nicht einmal ein Wort der Abweisung entgegenzusetzen hatte! — Ein es wenigstens allein, wenn auch in einer ebenfalls kleineren „Majestät“.

Die „Freie Preß“ weist mit Recht darauf hin, daß ein solcher Verzicht, und Rechtsbruch, wie Graf Mirbach ihn empfiehlt, den deutschen Bundesstaat in unbeschreibliche Verwirrung stürzen würde; eine so große Revolution von oben würde jede Revolution von unten legalisiren. Nur ein Unterthan, das sich seines politischen Vaterthums ebenso wie seine wirtschaftlichen Vaterthums in der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung voll brennst, ist fähig zum Staatsrecht zu stehen.

Die „Volkszeitung“ wundert sich darüber, daß in Geruchhaufe kein einziger Regierungsvertreter im Namen der Fürsten gegen die beleidigenden und herabwürdigende Annahmestrafen protestire, mit denen sich Graf Mirbach an dieselben heranwage. Es müßte denn sein, daß man am Regierungssitz die StaatsPreß-Listen des Grafen Mirbach schlechterdings nicht einzuliefern pflegt.

„Auf alle Fälle — meint das genannte Blatt — ist bei der Klärung unserer Lage ungenügend sichtbar, das wieder einmal in greifster Weise der Mangel an Geld, welches die Regierung zur Verfügung hat, zum Grunde beleuchtet worden ist, in den die agrarische Welt in Frage ist, das deutsche Volk heute als morgen die Hindernisse ablegen, nur damit Roggen und Weizen im Preise steigen. Von begreiflich, warum die Konsumtabellen bisher noch stets keine Vermehrung des lebenden Heeres zugut kommen haben. Wenn Sie von Ihrem Standpunkt aus, Leben als „inneren Feind“ der Bevölkerung betrachten, der eben die Verdrängung der Gemeindefähigkeit, die Bevölkerung, die die Konsumtabellen, nichts will, und wenn Sie der Meinung sind, daß die kleinräumigen Gewässer auch auf den „inneren Feind“ der Staatserhaltung Agrarier losgehen müssen, so wird man Ihre Begeisterung für die äußerste Vermehrung der Zahl der Bayern nicht verstehen. Es ist der brutale Vorlesung des Gemeindefähigkeit, der Agrarierthum, der Erwerbszins unseres Agrarierthums, daß Sie die für das Meer angewandten Kosten als Anlagelocalität für die Sicherung hoher Getreidepreise betrachten. Geschäft ist bei Ihnen Alles und Jedes.

Wir möchten den realständigen Parteien aber doch etwas mehr Unvergleichlichkeit in der Befolgung ihres unzufriedenlichen Dilemmas bringen. Staatsrecht und Bürgerrecht sind zwei verschiedene Dinge, und die Rechte der Monarchie sind nicht unbedingt agrarischen Ursprungs oder mittelalterlichen Doppeladungsbeziehungen. Noch ist das Volk nicht fortgerückt genug, um sich derartige Reflexe zu sein. Zutreffend sagt auch die *Reichs-Zeitung*: "Bürgerrechte verlangen, der Antiquar Staat, die Doppeladung und das Andere, was nehmend geleistet wird, bedeutet in seiner Gesamtheit einen Umwurf der bestehenden Gesellschaftsordnung zu einschließend, wie ihn die Sozialdemokratie und die Arbeiterpartei verlangen kann. Die Agrarpartei aber sie wollen das allgemeine Wohlbefinden durch einen Staatsrecht abschaffen. Die Monarchie wollen sie erhalten, nicht aus Erbvererbung, denn in bösen Augenblicken entföhren ihnen wohl Weisungen, die das Gegenheil von Erbvererbung befanden, sondern weil sie erwarten und hoffen, daß die Monarchie ihren Zwecken diene, denn diese ist

Zur Bismard-, „Ehrung“.

□ Die von den reaktionären Gewalten insgeheim große politische Tragödie, welche gerannene Zeit schon des deutschen Volkes Unheimlichkeit in Anspruch nimmt, erzählt in diesen Tagen ein Zwischenstück durch einen Akt politischen Karnebals tollste Art. Am 1. April wieder der Akt seinen Höhepunkt erreichen, unsere Leser wissen, um was es sich handelt: Ex-Meißnitzer Fürst Bismarck feiert dann seinen achtzigsten Geburtstag. Die sogenannten „Nationsgenossen“, die „Patrioten“ und „Ordnungspolitiker“, konservativen, nationalisierenden und antikempeirischen Feindgenossen diese Gelegenheits, zu „Ehren“ ihres „Heros“ in lärmender Weise zu demonstrieren. Der denkwürdige Beschluß des Reichstages vom 28. d. M., welcher der Verzicht, die parlamentarische Vertretung der deutschen Nation zur offiziellen Teilnahme an dieser Fok zu bestimmen, energisch zurückwies, hat natürlich bewirkt, daß die Extempore und Regißre des heiligen, sittlichen Entschlusses“ voll, sich bemühen, zu eigene Kosten“ die „Verherrlichung“ durch alle Gene hindurch möglichst „großartig“ zu gestalten. Ertzgräfin befehlen die Schaar der Demonstranten zu „Ehren Durchlaucht“, darunter selbstverständlich auch die so „Mächte der Nation“, die vom Heile ihrer „patriotischen“ Herren Väter erfüllt Studenten, die von si mächtigen jagen machen, daß auf ihnen die „Stimmung deutschen Volkes ruht“. Der ganze reaktionäre Mißmach und sein „nationalisierfähiger“ Nachwuchs, der an Deutschlands Universitäten angeblich „den Mäusen heilig und „der freien Wissenschaft“ lebt“, giebt sich Friedebruch ein Stelldichein und veranstaltet das was ja die Hauptplade ist, ein moralisches autodrama all der schlimmen politischen Regier, die so vernünftig sind, nicht glauben zu können, daß Bismarck an „größtem Staatsmann des Jahrhunderts“, als „Gründer des Deutschen Reiches“ und als „Meister der wahren und echten völkerverbindenden Ordnungspolitik“ der Dank der deutschen Nation gebührt.

Schon oft wurde er als alles das und noch ein
mehr, gedungen als eine Art Halbgoth, gefeiert worden,
oder niemals zuvor erschien dabei die reaktionäre
Lebens-, dem verammigten politischen Syſteme
des „Hercos“ die Kräfte falſcher Popularität zu wider-
so ſcham ausgeübt, wie jetzt. Sondern eſe ſich wieder
hlos um eine perſönliche „Ehrung“, ſo hätten wir
und mit uns wohl alle übrigen Gegner Bismarcks, kein
Anlaß zu ernſtlicher Kritik ſolchen Begnügens. Aber, un-
geſagt, und wie wir bereits in unſerer Erörterung des
Reichstagsbeſchlusses vom 23. d. M. dargelegt haben, die
Demonſtration zeigt einen ſchärp ausgeprägten und po-
litischen Charakter, ſie gilt einem der Würde und
den Intereſſen der Nation widerſtrebenden Syſteme
der Volksausbeutung und Unterdrückung.

Gegen dieses System hat die Sozialdemokratie freischienend, am ehestig denkenden von allen oppositionellen Parteien, Front gemacht; furchtlos hat sie die „Herös“, als er noch der regierende allgewaltige Reichskanzler war, für seinen Willen als das höchst Gefährliche erachtet, die Wahrheit gesagt; sie hat sich dieser Pflichterfüllung nicht beirren und nicht einschüchtern lassen durch die zahllosen prozessualistischen Bestrafungen wegen „Beleidigung“, die der „größte Staatsmann des Jahrhunderts“ (so selbst die arme Wäpferin wegen Verdrachter ihn „Beleidigender“) Neuerungen wegen in Mache nicht verschonte) einkassieren liebte. Er selbst hat sie gleich nach seinem Sturze der sozialdemokratischen Kreise das Kompromitt gemacht, daß sie alle Muth habe. Wir können geltend machen, daß sie alle die Kritiken und alle die Anklagen, die wir heute gegen ihn und sein System erheben, schon vor weis oft erhoben haben, als er noch in seiner Machtstellung sich befand und gleich dem ergrimmten Zeut seine Widersacher mit „zerstörenden Blitzen“ und langwierigen Klagen heimsuchte. Insbesondere haben wir häufig klärt und bewiesen: daß Widmark nie das gewesen ist, als was seine Meistlinipresse und der Chor jener spekulativen Hellscherer und Schmeichelei ihn erscheinen möchte. Niemals war er ein wahrhaft gro Staatsmann; seine „Größe“ ist eine von seinen Schmeichlern erlogene, eine erkünstelte, hauptsächlich Produkt der Erfolgsanbetei.

Wir haben am 28. d. Mts. im Reichstage die Herrn von Bennigsen für die "Energie" Bismarcks rühmend loben. Freilich, wenn Energie die einzige Tugend des Menschen, und wenn darunter der rücksichtslose Gebrauch und Mißbrauch der Macht zu verstehen wäre, dann allerdings müßte Bismarck gelten als lebendiger Zureißer aller Staatsmännlichen Tugend. Nicht so! eine Art von Energie zeichnet den Staatsmann nicht vor dem Polizeidiener aus, der die gleiche "Tugend" im Rahmen seiner Wachtwolkummenheit thätigt. Ein Staatsmann, der die politische Macht als organisiertes Ganzes in ihren Zusammenhängen begriffen und der Technik seine Maschine, hat es so sehr energig zu sein. Energie, als bloße Aeußerung der Machtbewußtseins, ist keine Tugend; sie wird zu einer solchen erst dadurch, daß sie auf das Gute, Wahre und das mit der Gerechtigkeit Uebereinstimmende, richtet ist. Daß die Bismarck'sche Energie diese Richtung genommen hätte, haben wir nie zu entdecken vermocht.

Seiner Energie voll vor Willen, wie seine Lobhude-
jagen, das zu Handel kommen des neuen Denk-
nisses zu verdanken sein. Und er soll nach derse-
lben das ein großes Maß „staatsmänniger“ Ausge-
sprochen haben. Was die Wahrheit im Lichte der
russischen Verhältnisse stellt sich ganz etwas Anderes her-
aus, nämlich Folgendes:

Die sogenannte „nationale“ Politik Bismarcks
ist lediglich eine von dynastischen Interessen be-
stimmte, als solche bestimmte Politik und

Die Bismarck'sche Politik, welche den schleswig-holsteinischen Krieg von 1864 und den „Vendee-Krieg“ von 1866 heftigschworen, war lediglich die Befähigung der überlieferten Tendenz des preussischen Staats: in konsequenter Fortleitung seiner selbstigen Gesichte sich durch gewaltsame Aneignung weiteren deutscher Landestheile zu vergroßern. Bismarck unterwarf sich nicht nur gegen den Willen des preussischen Volkes, sondern auch gegen den der Geseßgebung. Das Abgeordnetenhaus verzweigte mit 276 gegen 51 Stimmen die geforderte Kriegsanleihe. Er wagte ein politisches Wagnis; es fiel, da hat er später selbst zugegeben und bemerkt, daß lediglich der Erfolg ihm mit dem „Volke“ (d. h. mit den herrschenden Parteien) ausgefallen habe. Dieser Erfolg aber war das Werk der preussischen Waffen auf der Schlachtfeldern und nicht das des Bismarck'schen „Genies“. Dann brachte der „Bruderkrieg“ mit Frankreich und zwar wieder lediglich durch das von Bismarck „Genie“ völlig unabhängige Glüd der preussischen Waffen der Borussia ihre jegige Macht und Größe. Bismarck „Verdient“ sich nur, daß er zum kriegstriebe, daß er dem naturgemässen Hunger der Borussia um Land und Blut und Leben vieler Tausende Deutscher zum Opfer brachte. Dieser Energiebeihaltung wider jede preussische Unteroffizier an seiner Stelle auch fähig gewesen. Doch hat — er erworb sich noch ein weiteres Verdienst, und zwar ein solches von eminent revolutionärer Wirkung, indem er drei „gefammte“ und „monarchische“ Herrscher „von Gottes Gnaden“ nach dem Rechte des Siegers, entgegen der „göttlichen Ordnung“, ihrer Herrschaft verlustig machte und damit in weiten Volkskreisen den Glauben an die Ordnung gründlich erschütterte.

Daß der „Heros“ auch den Massenmord von 1870/71, den deutsch-französischen Krieg geradezu provoziert — und zwar wieder nur im Hinblick auf die dynastischen Interessen des Hohenzollernthums — bedarf für unsere Leser nicht mehr bewiesen. Dieser Krieg, den Kaiser nicht als einen Genie zu einem siegreichen für Deutschland machenden Kriege, sondern als einen Kriege, der die Verhältnisse des deutschen Reichs zu einem für die gegenwärtigen politischen Zustände Deutschlands, das neue Deutsche Reich. Seit 1871 nach Preußen die Kaisertrone. Diese politische Gestaltung war nicht das Ideal Bismarcks; ihm kam es lediglich darauf an, Preußen die maßgebende und herrschende Stellung in und über Deutschland zu sichern. Die Initiative für Übertragung der Kaisertrone an Preußen ging von König Ludwig von Bayern aus, und zwar entgegen den Wünschen Bismarcks, welcher gelehrt worden von der Idee eines durch das allmähliche Aufgehens der übrigen deutschen Staaten in Preußen zu bildenden Einheitsstaates. Die Tagesblätter Kaiser Friedrichs, dessen Verdienstlicher, Professor Wilhelm, betraut den ganzen Haß des „Heros“ zu kosten betragen darüber Unfluth. Es ist noch eine schwere Befriedigung an der historischen Wahrheit, Bismarck als „Begründer“ des Deutschen Reichs zu feiern. Sein Gründer war er, wohl aber sein böses Verhängniß!

Was hat der „geniale Staatsmann“ aus Deutschland gemacht? Eine Militär-Hierarchie und eine Domäne für die schlimmste Sonderinteressen-Politik. In dieser Hinsicht haben wir noch unseren Darlegungen im Feuilleton der Nr. 72 nicht viel mehr zu fügen. Wir brauchen nur die Vorbegünstigung der Reichen auf Kosten der armen und unbemittelten Klassen — und Ausnahmegerhebung, Vergewaltigung der Gegner des Bismarck'schen Systems hierbei zu sehen. Der „große Staatsmann“ hat auch das Volk ein Unmaß von Kasten und Unrecht gestiftet. Von ihm angeblich „geerntet“ Deutschland vieler betrübendes Bild. Nur durch die eifernen Bande des Militarismus um wird die „nationale Einheit“ künstlich bewahrt. Aber im Innern gähnt und wogt und ringt es; das Volk will endlich frei werden von den „Egengungen“, die Bismarck „Genie“ ihm begehrt hat. Der vielberufene „Geist der nationalen Einheit“ wo ist er? Von Tag zu Tag verschärfte und verärgert meinen sich der Kampf der süddeutschen Bevölkerung gegen die preussische Hegemonie und ihre Mißbräute, gegen jene wahrwichtige Wissenschaft, wonach deutsch-patriotisch nur das ist, was für die preussische Sonderinteresse sich äußert und behauptet.

Daß das deutsche Volk hat nicht gewonnen von Bismarcks System, sondern fürchterlich seine Beschädigungen daraus über sich ergießen lassen müssen. Und obendrein hat dieses System das deutsche Volk in Gefahr gebracht, einer politischen Karrikaturlosigkeit sonder gleichen zu verfallen, die das politische Egogefühl, alle Selbstständigkeit des politischen Denkens und Handelns einzuüben.

Viele Gefahr ist, hauptsächlich dank der sozialdemokratischen Propaganda, längst glücklich überwunden. Auch das System Bismarck, dem in diesen Tagen die Vorurteile, die Unwissenschaft, die politische Berechnung und Charakterlosigkeit färmend huldigt, wird absehbare Zeit zusammenbrechen. Schon kradet es in allen Fugen. Möge der Held, der Helden sich der Begeisterung seiner Getreuen freuen, die Weltgeschichte läßt sich durch diesen Anbel und Trübel nicht bekehren. Und ist's, als sehen wir uns in viel Tausend blutiger Schatten drohen schwächen, die Opfer seiner „gloireichen“ Kriege, und werde der Huldigung „Spektakel“ überboten von den Fäulnis der Wäutten und Wäusen, der Päfer und Wäutten der Wäuter und Wäutten, sogar „Päfer“ sowie „Wäutten“.

Von der Weltbühne.

Ans dem Reichstage. Berlin, 29. März.
Woh! sehen ich die Sturz eines Ministers mit so hellem Jubel begrüßt worden, als der Sturz Caprivi von den Konstituenten. Caprivi war Offizier, er gehörte also zu dem Stande, der nach der Fälligkeit der Junter einer besseren Lebensformorte entsammt. Auch war er seiner politischen Überzeugung nach konservativ, und doch wurde er von seinen Parteigenossen auf's Tiefst gehaßt. Er hatte keinen Ehr und keinen Galm und daher fehlte ihm nach Ansicht der Junter das Wesentlichste für die Landwirtschaft. Die Prozedur der Landwirtschafts Junter seit Ende der 70er ins Boden gerathen. Unmittelbar waren die Beschäftigten verbeßert und die Landwirtschaft Europas umste die Konsumenstumpfen mit den landwirthschaftlichen Betrieben der ganzen Welt aufzuzeichnen.

Von gehört zum landwirthschaftlichen Betrieb Grund und Boden und wer diesen im Besitz hat, glaubt naturgemäß einen Anspruch auf Grundeigentz zu haben. Selbst verständlich war es, daß in Zeiten der Prosperität die steigenden Erträge von den Grundeigenthümern mit denselben eingeklinket wurden. Man hatte sich an die Steigerung der Erträge so gewöhnt, daß sie von einem Male auf das nächste eine betrübliche Erscheinung darstellte wurde. Da machte sich die Entwürdigung der Verfassungen in ihren Wirkungen geltend und bald konnten Weizen für umhertreibende Horden aus Argentinien als auch Oessphrenen auf die Märkte des industriehellen Westens Deutschlands gebracht werden. Die Grundeigenthümer sahen in Gefahr, die Grundeigentz, für die Großgrundbesitzer das Allerheiligste. Eine Grundeigentz die sie ganz gewöhnlichen Menschen aus haben wie jeder andere Sterbliche den Konsum eines Dairins zu führen. Sie glauben, die wirtschaftlich vom Standesgenossen geleitete Politik sei gerechtfertigt, welche ihre gesellschaftliche Stellung erhalten habe und weil sie glauben, daß Staatsmänner nicht wirtschaftliche machen, machten ein Capitulirung der Volksgang verantwortlisch.

Die Ursache der Uebersiedlung der Bevölkerung nach dem bedeutendsten Grundeigentz, was man heute sehen würde durch Herrn v. Hammerstein, Porten erklärt. Da herrsche Fremde in Troja

Bosau

Wie sieht aber heute das Bild aus? Die wenigen Meinungen mit demonstrativem Fingel bekräftigt. Wiewohl sich gerade hier die Gefahr des Scheiterns nicht zu übersehen ist, so ist doch die Überzeugung, dass die Zeit der Umgestaltung nicht zu spät gekommen ist.

Durchschnittspreis von 1850 bis 1890 soll der
Minimumpreis für die Zukunft sein. Wenn
mindestens Mk. 16,50 für den Doppelzentner Rogge
und Mk. 23,50 für den Doppelzentner Weizen be-
zahlt wird, dann ist nach seiner Ansicht die Landwirth-
schaft Bankrott. Dieser Bankrott ist aber nicht die Folge
der Politik des einen oder anderen Staatsman-
nes, sondern die Folge unserer ganzen wirthschaftlichen Ent-
wicklung. Da die Landwirthschaft ein wichtiger Theil
unseres ganzen Erwerbslebens ist, so kommt diese Darge-
legterklärung der Landwirthschaft einer Bankrott-
erklärung der bürgerlichen Produktionsweise gleich.
Sichlos stehen unsere Eisenbahnen, da und wo diese
soziale Revolution mit Volkswüthsel, Straßenge-
schrei und Kanonen heraufbricht, und unter ihnen
steht die mächtigste Stütze der bürgerlichen Gesellschaft,
wahrhaftig

Genau wird Hohensteine und Hammerstein mit den besten Vorgesetzten nach Berlin gezogen, der Landwirtschaft zu helfen. Und heute müßte Hohenstein mit einem: „Wir können nicht“ vor verarmten Reichthümern das Verlangen der Rüste stillstellen. Wir sind es also nicht die „vidigen Leute“. Bald wird auch die bei Hof mächtige Funtlerlei die jetzigen Minister bei Seite schieben und durch andere ersetzen. Aber vergesslich werden sie auf den Mann warten, welder die Kulturentwicklung zurückführt. Möglicher als die Kabinette wird sich die Entwicklung erweisen und die Menschen werden die durch Lebenslust entstandene Lücke durch die sozialisirte Gesellschaft befüllen. Es wird sich wohl zeigen, ob ihnen, wie tiefsten Leute, die der Umfassungskommission gütlich, um Entschädigung zu finden, wodurch die „geistliche Gesellschaftsordnung“ angegriffen, bewahrt werden soll, sich heute im Plenum hinstellen und nachweisen, daß die Gesellschaftsordnung bis auf die Knochen verankert ist. Kann es, Höhn von v. Hammerstein, sie Alle erklären: „So far as es nicht weitergehen, nur ein Einbruch in die bürgerliche Gesellschaft kann uns retten.“ Wählt nur darauf, die ihre draven Mannwerthe! Wenn der Baum fällt, wird nicht das Judenthum, sondern das Protestantentum in Bruchstücken zerfallen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hatte, wie unsere Leser bekannt ist, die Absicht in Bezug auf das Entschuldigungsgeheim des Mörders des kaiserlichen Bismarck, einen Antrag einzubringen, welcher dem Reichstag veranlassen sollte, in Bezug seiner Unabhängigkeit Stellung zu seiner Kundgebung zu nehmen. Der Antrag ist jedoch im Voraus des Reichstages auf konstitutionelle Bedenken, und die Drucksache und Verhandlung des Antrages wurde durch den Präsidenten verhindert.

Wir lassen den Antrag mit Fortlassung des ersten Artikels seiner Kundgebung enthaltenen Satzes nachschleichen, und fügen den Bericht des Präsidenten hinzu.

Der Reichstag wolle beschließen:
Mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers
den Fürsten Bismarck vom 23. d. M., in welchem
über einen Beschluß des Reichstages die „tieffte Er-
röthung“ ausgesprochen und behauptet wird, daß d-
Reichstag „in vollstem Uebereinklang zu den Gefühlen all-
deutschen Fürsten und ihrer Völker steht“,
zu erklären: „daß die Meinung des Reichstages das Recht

Die angelegte Weltanschauung ist auch den begleitenden Umständen ein volkstümlicher Ausdruck.
Eine öffentliche Zensur legaler Beschäfte des Reichstages

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes, sowie die feierliche Verpflichtung des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterstellen, haben zur Voraussetzung, daß das Reich überhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt.

Die Vertretung der Wünsche und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der wiederum verantwortlich ist als das Volk.

Hieraus ist folgende Präzisionsübersetzung ergangen:
Der angesprochene Antrag steht in seiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und ist